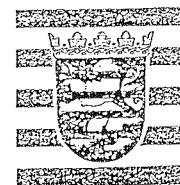


Eingegangen

26. JULI 2017

Hessischer Städte- und Gemeindebund

HESSEN



Hessisches Ministerium des Innern und für Sport  
Postfach 31 67 · D-65021 Wiesbaden

Hessischer Städte- und Gemeindebund  
Herrn Geschäftsführenden Direktor  
Karl-Christian Schelzke  
Postfach 1351

63165 Mühlheim/Main

Geschäftszeichen:

Dst. Nr.  
Bearbeiter/in  
Durchwahl  
Telefax:  
Email:  
Ihr Zeichen  
Ihre Nachricht

Datum 26. Juli 2017

## Gesetzgeberische Intention der Verschonungsregelung in § 11 Abs. 6 Satz 1 HessKAG

Sehr geehrter Herr Direktor Schelzke,

für Ihre Anfrage zum Umfang der Überleitungsregelung des § 11 Abs. 6 KAG bedanke ich mich. Die Möglichkeit zur Erhebung wiederkehrender Straßenbeiträge wurde durch die Novellierung des Gesetzes über kommunale Abgaben zum 1. Januar 2013 eingeführt. In der Gesetzesbegründung zu § 11a (LT-Drs. 18/5453) finden sich – wie von Ihnen zutreffend dargelegt – keine Erläuterungen, ob die Verschonungsregelung im Fall eines vom Grundstückseigentümer bei einem privaten Erschließungsträger als voll erschlossen gekauften Grundstücks greift. Nach dem Wortlaut der Vorschrift ist eine derartige Einbeziehung fraglich, zweifelsfrei handelt es sich dabei nicht um öffentlich-rechtliche Beiträge. Ob die Alternative einer Leistung über „Kosten der erstmaligen Herstellung aufgrund von Verträgen“ vorliegt, ist nicht eindeutig, da vom Grundstückseigentümer zwar nicht an die Gemeinde geleistet wird, aber auf Vertragsgrundlage an den Erschließungsträger.

Die Gemeinde kann in der Satzung regeln, unter welchen Voraussetzungen Beiträge aufgrund von Verträgen oder Herstellungskosten als bereits geleistet gelten bzw. noch zu leisten sind (Abs. 6 Satz 1). Vom Sinn und Zweck her sollen gerade diejenigen Grundstücke verschont werden, die eine tatsächliche Belastung trifft. Bei Einführung wiederkehrender Beiträge sollen Doppelbelastungen vermieden werden (laut Gesetzesbegründung „...nicht sogleich zu wiederkehrenden Beiträgen herangezogen werden dürfen“). Von daher halte ich es, wenn vom Grundstückskäufer die Kostentragung gegenüber dem privaten Erschließungsträger erfolgt, für vertretbar, dies bei der satzungsrechtlichen Verschonungsregelung zu berücksichtigen.

Es liegt im Gestaltungsspielraum des kommunalen Satzungsgebers, nach welcher vertretbarer Auslegung er gemäß den örtlichen Verhältnissen die Überleitungsregelung ausgestaltet.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

(Graf)

